

Schwarzwälder Tageszeitung

Aus den "Tannen"

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Abonnementspreis: Die einseitige Seite oder deren Raum 18 Pfg., die Reklamenseite 48 Pfg. ... Nummer 61 | Altensteig, Samstag den 13. März 1931 | 54. Jahrgang

Wirtschaftskrise und Arbeitszeitkürzung

Reichstagspräsident Loh eröffnet die Reichstagsitzung um 3 Uhr. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Abgeordnete Frau Simmer (K.) die sofortige Beratung eines Antrages auf Aufhebung des Paragraphen 218. Der sofortigen Beratung wird widersprochen.

Die zweite Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums wird fortgesetzt.

Abg. Schröder-Merfeld (K.) wendet sich gegen die Methode des staatlichen Schlichtungswesens. Die Hungerregierung Brüning könne ihre Maßnahmen gegen die Arbeiterschaft nur durchführen, weil die Sozialdemokratie sich für Brüning und gegen die Arbeiter entschieden habe.

Abg. Hermann (SP.) stimmt den Ausführungen des Ministers über die traurige Wirtschaftslage zu und erkennt auch an, daß das staatliche Schlichtungswesen in dieser ersten Zeit viel Anteil verdient habe. Die Theorie vom „politischen Lohn“ sei leider kein bloßes Schlagwort, sondern eine von sozialdemokratischer Seite oft aufgestellte Forderung. Handwerk und Gewerbe wehre sich mit Recht gegen die starre Bindung des Lohnes durch Zwangsmassnahmen. Ebenso schädlich würde aber beim Einkauf der Rohstoffe und Halbfabrikate die starre Preisbindung durch Kartelle, Syndikate und Konzerne. Es ist nicht richtig, daß das Handwerk im allgemeinen ein Interesse an hohen Löhnen habe.

Die 40 Stundenwoche wird in manchen Industrien und Gewerben auf dem Wege freiwilliger Verständigung eine gesunde Reform bedeuten, aber ihre allgemeine Einführung durch zehnjährigen Zwang wäre für Handwerk und Kleingewerbe ganz unmöglich. Wir lehnen das kollektivistische Denken ab, aber wir wollen, daß der Mensch, der Arbeitnehmer wie der Arbeitgeber, wieder Freude an seiner Arbeit haben kann. (Beifall.)

Von den Sozialdemokraten ist inzwischen eine Entschließung eingebracht, in der verlangt wird, daß von der Industriebelastung (Waldraumbausumlage) jährlich mindestens 50 Millionen für Zwecke der Knappheitsüberwindung bereitgestellt werden.

Abg. Thiel (Dpa.) führt aus, in allen Parteien, die nicht das jetzige Wirtschaftssystem verurteilen wollen, sei heute die Erkenntnis vorhanden, daß aus der bedrängten deutschen Wirtschaft weitere Steuermittel nicht mehr herausgepreßt werden können. Wir kommen nicht weiter mit einer Gleichmacherlei. Auch derjenige, der nichts besitzt, hat kein Interesse an einer Völlerei, die die Privateigentumsrechte beschränkt. Wir müssen an dem kapitalistischen Wirtschaftssystem in Deutschland festhalten, denn wir brauchen Auslandskapital zur Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft. Wir hoffen, daß der Kopf des Ministers an die Unternehmung Erfolg haben wird; aber es muß auch darauf gewirkt werden, von der Arbeitskürzung zu viel für die Verringerung der Arbeitslosigkeit zu erwarten. In einer ganzen Reihe von Industrien ist jetzt schon die Arbeitszeitverkürzung auf 40 Stunden und weniger wöchentlich freiwillig durchgeführt worden. Die gesetzliche Einführung einer 40 Stundenwoche ist jetzt noch nicht dringlich. Deutschland hätte am wenigsten Interesse an einem Wettlauf um die billigsten Löhne und die längste Arbeitszeit. Es wird alles getan werden müssen, um das Privatkapital in härtester Weise als bisher für den Wohnungsbau heranzuziehen. Daneben muß dahin gewirkt werden, daß größere Altmohnungen zu Kleinwohnungen umschaltet werden. Der Weg der politischen Bestimmung des Mietpreises muß verlassen werden.

Abg. Schmidt-Rassel (Chr.K.) meinte, die gegenwärtige Wirtschaftskrise sei nicht nur eine Wirtschaftskrise, es gehe um die Arbeit, um den Menschen. Die jetzige Inflation der Maschine verdränge den Menschen auf allen Gebieten. Die Menschen müssen sich jetzt entscheiden, ob sie vertieft christlich leben, leiden und aufwärts kommen wollen, Arbeiter und Arbeitgeber in gemeinsamer Zusammenarbeit. Die bisherigen rein kapitalistischen Methoden haben auf vielen Gebieten versagt. Aber noch viel weniger ist zu erhoffen von der sozialistischen Wirtschaft in Sowjetland. Die deutsche Wirtschaft kann nur gerettet werden durch Senkung der Weltmarktquoten auf die äußerste Grenze. In diesem Notjahre muß die Beschäftigung polnischer Wanderarbeiter verboten werden. Wir bitten auch um erneute Prüfung des Gehaltens eines freiwilligen Arbeitsdienstjahres.

Samstag 10 Uhr Weiterberatung.

Der Haushalt

im Haushaltsausschuß des Reichstages

Berlin, 13. März. Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde am Freitag der Etat des Postministeriums beraten. Reichspostminister Dr. Schäfer leitete die Aussprache mit Ausführungen über die Lage der deutschen Reichspost ein. Der Minister erklärte die auf die Weiterführung der Verwaltungsreform und der Nationalisierung hinzielenden Maßnahmen. Die durch Nationalisierungsmaßnahmen erzielten Ersparnisse belaufen sich für die Zeit von 1927 bis heute auf rund 178 Millionen RM. Anfang 1922 waren bei der Deutschen Reichspost insgesamt 205 000 beamtete Kräfte beschäftigt, dagegen Ende September 1930 230 200 Kräfte. Die Abnahme des Personals innerhalb dieser Zeit beträgt rund 20,6 Prozent. Während also gegenüber 1913

die Einnahmen der Deutschen Reichspost um 140 Prozent zugenommen haben, hat sich der Personalstand innerhalb dieser Zeit nur um 19,6 Prozent vermehrt. Während des letzten, sehr lebhaften Weihnachts- und Neujahrsvortrages wurde von Ueberkünden der Beamtenschaft abgesehen und dafür vorübergehend 23 000 Erwerbsele einstellt. Vom September 1930 bis heute wurden durch die Auswirkungen des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichspost rund 64 500 Arbeitskräfte vor der Arbeitslosigkeit bewahrt.

Seit etwa Juni 1930 haben aber die Folgen der allgemeinen Wirtschaftskrise auch bei der Deutschen Reichspost in einem sehr starken Maße eingeleitet. Es zeigt sich aber seit einigen Monaten die bemerkenswerte Tatsache, daß die Spanne des Einnahmerückganges gleich bleibt, woraus nach den allgemeinen Konjunkturbeobachtungen der Schluss gezogen werden kann, daß der Tiefstand der Depression bei der Deutschen Reichspost seit einiger Zeit erreicht ist. Das Einnahmefeld für 1931 beträgt 2 Milliarden und 130 Millionen RM, die Ablieferung an das Reich hieraus 127,9 Millionen RM.

Angeht die gestunkenen Einnahmen ergab sich die Notwendigkeit einer Anleihe von 80 Millionen RM für Investitionszwecke. Die durch die Kürzung der Gehälter entstehenden Ersparnisse in Höhe von rund 62 Millionen RM werden an die Reichspost abgeliefert werden.

Im Verlauf der Aussprache äußerte sich Reichspostminister Dr. Schäfer noch über die Klagen, die eine politische Betätigung der Postbeamten betreffen. Es ist selbstverständlich in der Deutschen Reichspost verboten, parteipolitische Agitation zu treiben. In der Abstimmung wurden verschiedene Entschließungen angenommen, a) eine des Abg. Pollath (SP.), worin der Reichspostminister ersucht wird, möglichst bald dem Verwaltungsrat eine Vorlage zur Senkung der Aemtergebühren für Wenigverdiener zuzuleiten.

Die Gehälter der Reichsbankdirektoren

Das Reichswirtschaftsministerium hat jetzt in Erledigung der Entschließung des Reichstages über die Gehälter der höheren Reichsbankbeamten an den Reichspräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt: Die Reichsregierung hat auf die Festlegung der Bezüge des Präsidenten und der Mitglieder des Reichsbankdirektoriums sowie der Mitglieder des Generalrats der Reichsbank keinen Einfluss. Die Reichsbank ist nach dem Gesetz nicht verpflichtet, über die Bezüge Auskunft zu erteilen. Auf die Entschließung des Reichstages hat das Reichsbankdirektorium gleichwohl der Reichsregierung die Bezüge mitgeteilt mit dem Anbemerken, diese dem Reichstag mitzuteilen. Die gesamten dienstlichen Bezüge eines Mitgliedes des Reichsbankdirektoriums betragen jährlich einschließlich aller Zulagen 100 000 RM, wovon 50 000 RM auf Gehalt, 30 000 RM auf nicht ruhegehaltfähige Stellenzulage entfallen und 20 000 RM Entschädigung für Dienstaufwand. Nach althergebrachtem Schlüssel erhält der Vizepräsident des Reichsbankdirektoriums die um ein Drittel erhöhten Bezüge des Mitgliedes, also insgesamt 133 333 RM, der Präsident die doppelten Mitgliedsbezüge, also 200 000 RM. Der Generalrat hat nach Ausschneiden der ausländischen Mitglieder die Bezüge seiner Mitglieder neu festgelegt und von dem früheren Betrage 20 000 RM auf die Hälfte, also je 10 000 RM gemindert. Entsprechend den in der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember für die Amtsbezüge des Reichskanzlers und der Reichsminister festgelegten Kürzungsvorschriften haben Präsident Vizepräsident und Mitglieder des Reichsbankdirektoriums beschlossen, die gleichen Kürzungsvorschriften in Höhe von 20 Prozent auf sämtliche Amtsbezüge gleichfalls mit Ausnahme der Dienstaufwandsentschädigungen und ebenfalls mit Wirkung vom 1. Februar 1931 ab auf sich anzuwenden zu lassen; der Präsident des Reichsbankdirektoriums hat, nachdem die freiwillige Gehaltskürzung des Reichspräsidenten sowie der Mitglieder der Reichsregierung bekannt geworden waren, alsbald die Kürzung seiner Bezüge gleichfalls bereits vom 1. November 1930 ab einreten lassen.

Dr. Edener in Amerika

Washington, 12. März. Dr. Edener, der zwei Tage hier weilte, hatte eine Reihe von Besprechungen mit dem Marineamt über eine eventuelle nochmalige Benutzung des Flugplatzes von Lakehurst, ehe die dortige Luftschiffhalle nach Fertigstellung des zur Zeit in Akron im Bau befindlichen neuen Marinewerfels nicht mehr verfügbar wird. Dr. Edener konferierte ferner mit Vertretern der an der Luftfahrt interessierten Kreise über die Auswahl eines geeigneten möglichst kurzfristigen Landungsplatzes für den geplanten Zeppeleinienst zwischen Europa und Amerika. Er verhandelte auch mit dem Postministerium über die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Uebernahme der Postbeförderung, sobald nach Fertigstellung des in Friedrichshafen im Bau befindlichen deutschen Zeppeles, die in etwa zwei Jahren zu erwarten ist, die Frage der Einrichtung eines regelmäßigen Luftverkehrsdienstes zwischen Europa und Amerika spruchreif wird.

Der Wert der Meistbegünstigung

Man schreibt uns:

Das Prinzip der Meistbegünstigung, von dem die deutsche Handelsvertragspolitik beherrscht wird, ist in neuerer Zeit ziemlich heftigen Angriffen ausgesetzt. Man wirft der Meistbegünstigung vor, daß sie ein Bestehen handelspolitischer Vorteile ohne Rücksicht auf entsprechende Gegenleistungen in sich schließe und darum auch kein genügend wirksames Druckmittel darstelle, um von anderen Staaten die größtmöglichen Zugeständnisse für unsere eigene Ausfuhr zu erreichen. Aus diesen Gründen tritt man dafür ein, künftig die Meistbegünstigung fallen zu lassen zugunsten der Reziprozität, bei der in jedem einzelnen Falle Konzessionen gegen Konzessionen ausgehandelt werden.

Die Kritiker der Meistbegünstigung übersehen, daß sich unter diesem System die deutsche Ausfuhr seit 1925 in ununterbrochen ansteigender Linie bewegt und erst im letzten Jahre unter dem Einfluß der Weltwirtschaftskrise einen verhältnismäßig geringen Rückgang erfuhr. So schlecht wie sie gemacht wird, kann also die Meistbegünstigung offenbar nicht sein. In Wirklichkeit bildet sie eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Stetigkeit des Exports. Sie allein garantiert dem Kaufmann, daß er auf dem fremden Markt jederzeit mindestens dieselben Vergünstigungen genießt wie seine Konkurrenten aus anderen Ländern. Welche Unsumme an Verhandlungsarbeit mühte dagegen unter dem Reziprozitätssystem geleistet werden, um bei der außerordentlich vielgestaltigen Zusammensetzung des deutschen Exports und seiner Ausdehnung über die ganze Welt den gleichen — aber längst nicht immer wahrscheinlichen — Erfolg zu erzielen. Hiermit wäre eine ständige Beunruhigung des Exporthandels, eine Erschwerung seiner Kalkulation verbunden.

Selbst die Gewährung der Meistbegünstigung an solche Staaten, die keine Tarifverträge abschließen, also auch keine Zollermäßigungen einräumen, braucht durchaus kein einseitiges Geschenk zu bedeuten. Zum Beweise dessen sei auf die günstige Entwicklung unserer Ausfuhr nach England und den Vereinigten Staaten verwiesen. Man darf allerdings von der Meistbegünstigung nichts Unmögliches verlangen wollen. Die Zollautonomie der einzelnen Staaten wird durch sie nicht berührt, ebenso wenig wie durch die Reziprozität. Im Gegenteil zu ihr sichert aber die Meistbegünstigung allen die bedingungslose Gleichberechtigung. Das Reziprozitätssystem begünstigt andererseits die Ausnützung der politischen und wirtschaftlichen Uebermacht gegenüber dem schwächeren Teil, auch im Verhältnis der verschiedenen Wirtschaftsgruppen eines Landes zueinander. Es gibt zu denken, daß Veruche, sich auf die Reziprozität umzustellen, in Europa nur von einem Staate ausgehen, nämlich von Frankreich. Sonst hat das Reziprozitätssystem in Europa niemals eine erhebliche Rolle gespielt. Seit die Vereinigten Staaten vor einigen Jahren zur Meistbegünstigung übergegangen sind, hat sie sich praktisch die Handelspolitik der Welt erobert.

Neues vom Tage

Der Reichsrat erhebt Einspruch

Berlin, 13. März. Der Reichsrat hielt am Freitagabend eine Volltagung ab, in der Einspruch gegen die vom Reichstag beschlossene Novelle zum Brotgesetz und gegen das vom Reichstag angenommene sozialdemokratische Initiativgesetz, das wieder ein zollfreies Getreidekontingent einführen wollte, erhoben wurde. Ferner wurde das neue Agrargesetz (Zollermäßigungen) vom Reichsrat angenommen.

Keine Reichstagsferien bis zum Herbst

Berlin, 13. März. Wie das Nachrichtenbüro des F.d.Z. erfährt, gilt es jetzt bereits als sicher, daß eine Vertagung des Reichstages bis zum Herbst nicht erfolgt. Das gegenwärtige Arbeitsprogramm des Reichstages besteht in der Hauptsache aus dem Etat, der Stille und der Zollnovelle. Es wird jedenfalls bis Ende März erledigt werden. Es bleiben dann aber auch noch zahlreiche Vorlagen, wie die Wahlreform, das Disziplinarrecht für die Beamten, das Beamtenvertretungsgesetz und andere, deren Inangriffnahme bzw. Erledigung in den nächsten Monaten noch für wünschenswert gehalten wird. Im Reichstag dürfte eine breite Mehrheit für die Fortsetzung der Reichstagsarbeiten vorhanden sein. Man glaubt, daß auch die Regierung sich schließlich damit abfinden wird.

Gesichtswurf über das Zugabewesen

Berlin, 13. März. Das Reichsjustizministerium hat jetzt dem Reichskabinett den Gesichtswurf über das Zugabewesen



wesen in seiner endgültigen Form zugelassen, nachdem schon im vorigen Jahre auf Grund eines Gutachtens des Reichswirtschaftsrates eine Gehaltentwurf vorgelegt worden war, der aber unerledigt geblieben ist. Das Kabinett wird den Entwurf wahrscheinlich demnächst verabschieden. Nach der neuen Vorlage sind Zugaben grundsätzlich verboten, aber eine Reihe von Ausnahmen zugelassen. So wird es weiterhin erlaubt sein, Kellnergegenstände, die als solche deutlich erkennbar sind und den Firmenaufdruck tragen, zuzugeben, ferner Zugaben zu machen, die in einem Geldbetrag bestehen, ebenso Zugaben, die aus der gleichen Ware bestehen.

Auflösung einer Mündmeyer-Versammlung

Berlin, 13. März. Im Saale des Kriegervereinshauses in der Chausseestraße fand heute abend eine Versammlung der Nationalsoz. Partei statt, in der Reichstagsabgeordn. Mündmeyer über das Thema „Nacht Platz für Hitler!“ sprach. Nachdem der Redner schon zu Anfang seiner Rede die anwesenden Polizeibeamten als letzte Träger eines absterbenden Systems angeprochen hatte, sagte er am Schluss: „An dem Tage, an dem Adolf Hitler in Berlin einmarschiert, werden wir den Beamten in Preußen, die sich heute noch dem Freiheitskampf des erwachenden Volkes in den Weg stellen, als Mindeststrafe sofortige Dienstentlassung zuerkennen.“ Nach dieser Aeußerung erklärte der anwesende Kriminalrat die Versammlung für aufgelöst. Es brach ein ungeheurer Tumult aus und Polizei gegen die Beamten wurden laut. Etwa hundert Mann uniformierte Polizei räumte den Saal und nahm mehrere Personen fest. Die Tumulte setzten sich auf dem Hof und auf der Straße fort. Da die anwesenden Polizeibeamten nicht stark genug gegenüber der Menge waren, war Verstärkung herbeigerufen worden.

Beleidigungsslage Dr. Hugenbergs gegen das Detmolder Volksblatt

Berlin, 13. März. Wie die deutschnationale Pressestelle mitteilt, wird Reichstagsabgeordneter Dr. Hugenberg das Lippe'sche Parteiblatt der Sozialdemokraten wegen eines Artikels verklagen, der die Ueberschrift trägt: „Braun schlägt Hugenberg auf das Lügenmaul“. Es handelt sich bei dieser Angelegenheit um die angebliche Aeußerung des preussischen Ministerpräsidenten in einer Vielsefelder Versammlung, Dr. Hugenberg sei fünfzigjähriger Millionär. Dr. Braun hat bestritten, diese Aeußerung getan zu haben, wohingegen Dr. Hugenberg in einer Rede in Remgo bei seiner Behauptung blieb. Der Amtliche Preussische Pressechef hat darnach erklärt, die betreffende Aeußerung sei nicht vom preussischen Ministerpräsidenten getan worden, sondern vom Leiter der Vielsefelder Versammlung, dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Schred. Nachdem nunmehr das Detmolder Volksblatt den Artikel mit dem oben wiedergegebenen Titel gebracht hat, will Dr. Hugenberg diesen Umstand benutzen, in einer Gerichtsverhandlung unter Zitierung des preussischen Ministerpräsidenten als Zeugen die Behauptung aufrechtzuerhalten, daß die Aeußerung über die 50 Millionen doch aus dem Munde des Ministers gefallen ist.

Polizeibeamter kühlt auf seinen Vorgesetzten

Sambaa, 13. März. Als der Polizeiberwachtmeister Friedrich Pohl von dem Kameramann Pallais in einer Dienststrasse wegen nationalsozialistischer Bezeichnung vernommen wurde, sog er keinen Dienstverweigerer und gab auf den Kameramann einen Schlag ab, der diesen schwer verletzte. Pohl ist festgenommen; es steht noch nicht fest, ob er Mitglied der Nationalsozialisten ist.

Erdrutschkatastrophe in Savonen

Paris, 13. März. Bei Chateaufort hat der Boden, anscheinend durch die Regenfälle aufgeweicht, nachgegeben und eine Erdmasse von etwa 6 Millionen Kubikmeter bewegt sich, mit einer Stundengeschwindigkeit von etwa 150 Meter talabwärts. Zwei jenseitige Dörfer sind bereits zerstört und die Erdmasse bedroht gegenwärtig noch wenigstens 10 Häuser, die geräumt wurden. Bis jetzt haben 125 Personen ihre Wohnungen verlassen müssen. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

Der thüringische Koalitionskonflikt

Weimar, 13. März. In einer Verlautbarung der Fraktion der deutschen Volkspartei wird erklärt, die Fraktion habe erneut zur thüringischen Krise Stellung genommen. Da die Nationalsozialisten der Deutschen Volkspartei offiziell überhaupt keine Antwort erteilt, sondern lediglich in ihrem thüringischen Parteiblatt erklärt hatten, daß sie gar nicht daran dächten, irgend etwas anzunehmen, hätten sie die Koalition abgelehnt und sich außerhalb derselben gestellt, wie dies ihr Minister Dr. Fried bereits vor Monaten einmal getan habe, ohne allerdings damals für sich und seine Partei die Konsequenzen zu ziehen. Damit sei die Deutsche Volkspartei von einer koalitionsmäßigen Bindung an die Nationalsozialisten freigesprochen.

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 14. März 1931.

Amtliches. Der Herr Staatspräsident hat je eine Lehrstelle an der evangelischen Volkshochschule in Kumbach O. Amt Freudenstadt dem Lehrer Karl Rüdiger in Enzjal-Enzjalstraße O.A. Nagold übertragen.

Vom Gewerbeverein. Es sei auch an dieser Stelle auf die morgen im Gasthof zum „Grünen Baum“ stattfindende Generalversammlung des Gewerbevereins hingewiesen, die zusammenfällt mit dem Beginn der Reichshandwertwoche und der deshalb besondere Bedeutung zukommt. Auch wird an den Lichtbildervortrag über „Die Schwabenkolonien in Südrussland“ von Herrn Diploming. Koch erinnert, der jedem Besucher viel Interessantes bieten wird. Ein recht zahlreicher Besuch ist darum erwünscht.

Bei Nacht Frost, bei Tag Tauwetter. Bei aufklärendem Himmel hat es in der Nacht zum Freitag scharfen Frost gegeben. Die Temperatur schwankte im Laufe am Freitag früh zwischen 5 und 12 Grad Kälte und das acht Tage vor Frühlingseröffnung. Das Tauwetter vom Tag zuvor erfuhr dadurch eine läche Unterbrechung. Es gestor wieder alles in Stein und Bein. Und das war gut so, denn die Schneehemmelie geht auf diese Weise nur allmählich vor sich.

Zuteilung der Baupargenossenschaft Baubund Selbsthilfe. Wie uns mitgeteilt wird und unsere Leser interessieren dürfte, hat die Alldeutsche Baupargenossenschaft auf gemeinsamer, einstweiliger Grundlage, die Baubund Selbsthilfe e. G. m. b. H. Stuttgart, Bödelmstraße 96 mit der Zuteilung am 8. Februar 1931 insgesamt R.M. 900 000.— inslose Darlehen ausgeschüttet, welche durch erste Sicherungshypotheken gedeckt sind. Die glücklichen Empfänger dieser Gelder haben jährlich nur rund einen halben Prozent zu den Geschäftskosten beizutragen und haben auf diese Weise denkbar billiges Geld. Die Genossenschaft besitzt seit vier Jahren die Rechte einer Depositenbank, im Gegensatz zu vielen anderen Bauparlaffen und bietet deshalb für die eingeleigten Gelder der Mitglieder die größte Sicherheit.

Die Arbeitsmarktlage im Arbeitsamtbezirk Nagold

Während am 1. Februar 1931 insgesamt 4984 Personen in Unterstellung standen, liegt ihre Zahl bis 1. März 1931 abermals um 492 auf 5476. Arbeitsuchende waren es insgesamt 7176, davon 6408 männliche und 768 weibliche. Von den Unterstellungsempfängern bezogen 4488 männliche und 483 weibliche Arbeitslosenunterstützung, 507 männliche und 33 weibliche Arbeitslosenunterstützung. Sie verteilen sich folgendermaßen auf die Nebenstellen des Arbeitsamts:

Nagold	1112 männl. und 91 weibl.,	zul. 1203
Calw	594 männl. und 181 weibl.,	zul. 775
Freudenstadt	2118 männl. und 80 weibl.,	zul. 2198
Herrenberg	792 männl. und 73 weibl.,	zul. 865
Horb	388 männl. und 46 weibl.,	zul. 435

In der gleichen Zeit des Vorjahres wurden beim Arbeitsamt Nagold 3501 Hauptunterstützungsempfänger gezählt. Die Zunahme im Vergleich zum Vorjahr beträgt demnach rund 2000 oder 58 Prozent. Die Zunahme im Bereich der Nebenstellen Freudenstadt ist verhältnismäßig am geringsten, von 1786 um 412 auf 2198 oder um 23 Prozent.

Von besonderer Bedeutung für den Arbeitsmarkt war in der ersten Hälfte des Februars die Entlassung von weiteren 400 Holzauern. Diese Bewegung ist Mitte Februar zum Stillstand gekommen, um jedoch anfangs März wieder erneut einzusetzen. Bei den abnormen Witterungsverhältnissen ist die bereits saisonmäßig zu erwartende leichte Belebung der Beschäftigungsmöglichkeit noch nicht eingetreten. Bei der nächsten Zählung ist daher mit einer nochmaligen Steigerung der Unterstellungsempfänger zu rechnen.

Freudenstadt, 14. März. (Reifeprüfung.) Zum ersten Mal fand hier, und zwar in der neuerbauten „Keplerschule“, Realgymnasium und Oberrealschule die Reifeprüfung statt, die einen günstigen Verlauf nahm und am 12. ds. Mts. ihr Ende fand. Es erhielten 21 Abiturienten die Hochschulreife zuerkannt und zwar am Realgymnasium 5 und an der Oberrealschule 16. Unter ersteren befindet sich Oskar Hart, Sohn des Seisenfabrikanten in Nagold, und unter letzteren Hans Bühler, Sohn des Kaufmanns Friedrich Bühler in Altensteig.

Freudenstadt, 13. März. (Wahl zum Landesparlament.) Der Bezirkswahlkreis macht bekannt: Das Ergebnis der Wahl am 8. März d. J. im Kirchenbezirk Freudenstadt wird hiermit bekannt gegeben. Gewählt ist Bürgermeister Braun-Schoploch als Abgeordneter mit 6201 Stimmen, Missionar Fischer-Freudenstadt mit 6250 Stimmen als erstes, Gemeinderat Arnold-Baiersbrunn als zweites Ersatzmitglied mit 6199 Stimmen. Außerdem entfielen auf Gemeinderat Haas-Freudenstadt als Abgeordneter 1304 Stimmen, auf Gemeinderat Oberhardt-Baiersbrunn als erstes Ersatzmitglied 1288 Stimmen, auf Schreinermeister Aren-Platzgrafenweiler 1277 Stimmen. Einsprache gegen die Wahl kann bis 29. März beim Oberkirchenrat eingereicht werden.

Freudenstadt, 13. März. (Die Not des Wildes.) Gestern wurde im Jagdgebiet von Schönegründ beim Hüttern des Wildes am Waldstrand ein verendeter Hirsch (Spießer) gefunden.

Durrweiler, 12. März. (Was man nicht alles um einer Wette willen tut.) Für die Lachmuskeln unseiner Dörfler sorgte lehtin ein junger Mann, der eine Wette für 3 M. einging, nur mit einem Hemd bekleidet und barfuß eine Strecke von 2 Kilometer in Eis und Schnee zu laufen. Er hat die Wette gewonnen.

Vom Calwer Bezirk, 13. März. (Ein ganz Schlaues.) Aus einem Gäuort des Bezirkes wird berichtet: Ein brauner Ehemann, als Spätpopel bekannt, wollte abends noch ins Wirtshaus, um seine Alltagsorgen auf kurze Zeit zu verpassen. Seine bessere, geistreiche Gattin wollte ihren Mann aber unter keinen Umständen noch fortlassen. Da bleibt dahinter, befaßt sie, „Ist nicht leicht u. der Gah übernahmte.“ Doch der biedere Mann ließ sich nicht einschüchtern, ging die Stiege herunter und hob die staltliche Haustür aus den Angeln. Diese auf den Rücken ladend, schreit er seiner „Geistreichen“ noch im Fortgehen zu: „So, jetzt laßt mich rausperren!“ Begab sich darauf zum Wirtshaus, wo er das Tor fürsorglich abstellte bis zur frühlichen Heimkehr.

Horb, 12. März. Gestern abend ist ein großer Teil der Ringmauer samt dem Ringmauerweg in einer Breite von ca. 50 Meter eingestürzt. Ein großer Teil der dort stehenden Obstbäume wurde umgerissen. Es ist zu erwarten, daß noch weitere große Stöße nachkommen werden.

Stuttgart, 13. März. (Eingemeindung.) In der Frage der Eingemeindungen ist im Gemeinderat ein Schritt vorwärts getan worden. Der Gemeinderat hat dem Eingemeindungsvertrag mit Münkler und der Vereinbarung mit der Amtsförperschaft Ludwigsburg über die Eingemeindung Zuffenhausens zugestimmt. Der „Handel“ mit der Amtsförperschaft ist von beiden Seiten sehr schön geüht worden. Ursprünglich war die Forderung der Amtsförperschaft eine runde Million. Sie auf 400 000 RM. herunterzubringen, war keine leichte Arbeit. Von dieser Summe werden übrigens 50 000 RM. von der Stadt, Sparkasse bezahlt, die dafür eine Zweigstelle der Oberamtsparckasse Ludwigsburg übernehmen kann.

„Tag des Buches“. Aus Anlaß des „Tage des Buches“ findet am Samstag, 21. März, abends im Konzertsaal der Biederhalle die offizielle Feier des Reichsarbeitsauschusses für den „Tag des Buches“ statt. Da Stuttgart in diesem Jahre der Vorort der Veranstaltung für das ganze Reich ist, wird voraussichtlich an diesem Abend der Reichsinnenminister Dr. Winterhagen eröffnen. Frau Ministerialrat Dr. Gertrud Bäumer wird sprechen, ebenso der erste Vorsitzende des Börsenvereins Deutsche Buchhändler in Leipzig, Dr. Oldenburg (München).

Bezugung Wie wir hören, findet die Berufungsverhandlung im Prozeß Gemeinschaft der Freunde, Ludwigsburg-Heufeshoven, im April in mehrtägiger Verhandlung vor der Strafkammer statt.

Weinberg, 13. März. (Todesfall.) Oberlehrer Lutz ist nach schwerem Leiden im Alter von 55 Jahren gestorben. Sein Hinscheiden ist für die Imker ein herber Verlust. War er doch nicht nur Vorsitzender des Würt. Landesbienenzüchtervereins, sondern auch des Deutschen Imkerbundes. Daneben fand er aber noch Zeit, die jedem württembergischen Imker bekannte „Bienenpflege“ zu redigieren.

Keresheim, 13. März. (Im Schnee stecken geblieben.) Der in Keresheim abfahrende Zug nach Kalen blieb infolge harter Schneeweichen vor Dillingen stehen. Am 6 Uhr mußte ein Hilfszug eingeschaltet werden. Mit zweifündiger Verspätung traf ersterer in Kalen ein. Auch der hier abfahrende Zug 4.30 Uhr nach Dillingen hatte harte Verspätung, da er bei Reitingen aus vier Meter hohem Schnee herausgeschaukelt werden mußte.

Von der Alb, 13. März. (Wildnot.) Das Wild hat unter des Winters strengem Nacht zu leiden. Wie man aus Jägerkreisen hört, haben sich die Rehe trotz der Fütterung vielfach in die Täler zurückgezogen. Meister Reinecke dagegen sucht die Dörfer auf und kann oft in Höfen und auf Düngelagen beobachtet werden. Selbst die größeren Isoni zu Isonen Vögel suchen sich in der Nähe der menschlichen Wohnungen ihr Futter.

Schweningen, 13. März. (Zusammengebrochen.) Am Dienstag abend ist der große Schuppen der Firma Jäde zusammengedrückt. Als Ursache kann nur der darauf lastende Schnee angenommen werden.

Großbeinbach, O.A. Weizheim, 12. März. (Die schreckliche Suche.) Ein heiteres Stild hat sich in unserer Gemeinde zugetragen. Vom Bürgermeisteramt wurde durch Fernspruch der Ausbruch der Maul- und Klauenseuche in Gmünd nach einer Teilgemeinde übermitteln. Zufällig war an der Fernsprechstelle nur eine Hausangestellte anwesend. Diese hatte anscheinend die Meldung falsch verstanden, denn sofort schickte sie ihrer Dienstin, die sich kurz vorher mit einer Nachbarin auf den Weg nach Gmünd begeben hatte, nach: „In Gmünd sei etwas ausgebrochen, es dürfe niemand in die Stadt hinein. Der nachgeandte Junge erreichte die beiden Frauen erst, als sie an der Haltestelle bereits Fahrkarten nach Gmünd gelöst hatten. Unter Heulen und Schreien veranlaßte er diese zum Daubleiben. Der Zug fuhr ab und nachdem sich der Stationsvorstand in Gmünd nach dem Sachverhalt erkundigt hatte, setzten die beiden ihren Marsch zu Fuß nach Gmünd fort.“

Aus Baden

Unterbach, 12. März. (Trichinenhauer) Bantle konnte bei einem geangenen alten Fuchses zahlreiche, auffallend große Trichinen feststellen. Der Befund konnte von anderer Seite bestätigt werden. Das Fleisch eines anderen, jungen Fuchses war trichinenfrei.

Mehrach, 12. März. In Heudorf hat eine Kuh des Landwirts Leonard Fried vergangene Tage eine ganz eigenartige Mißgeburat zur Welt gebracht. Das Tier zeigte eine normale Hinterhand, die sich nach vorn in zwei Brüste mit vier Beinen teilte. Zwei Hälse und zwei Köpfe trönten die Unnormität. Das Tier hat nur kurze Stunden gelebt. Ein gleichzeitig geworfenes zweites Kalb ist gesund und lebensfähig.

Konfirmanden 1931

- Böfingen.** Hedwig Schaber; Klara Randerer; Elise Schwarz; Gottlieb Kalmbach.
- Ebershardt.** Knaben: Hermann Bürkle; Eugen Red. Mädchen: Emma Hauser; Emilie Reinfelder.
- Ehhausen.** Knaben: Friedrich Ohngemach; Johannes Schütte; Albert Steeb; Alfred Helber; Karl Döfler. Mädchen: Melanie Dengler; Frida Kummer; Frida Braun; Klara Borst; Maria Ohngemach; Elise Lohholz; Wilma Gubi; Maria Schill; Julie Schill; Marianne Dengler; Emilie Gerny; Erna Köll.
- Enzjal.** Erich Grammel (Gempshauer); Erwin Gauß (Kohnbach); Walter Reichle (Wittel-Enzjal); Friedrich Waldbach (Kohnbach).
- Etzmannweiler.** Marie Kern; Frida Wurster.
- Fähnbronn.** Friedrich Balz.
- Gaugenwald.** Gabriel Traub.
- Garrweiler.** Otto Schrieler.
- Grombach.** Knaben: Karl Dielerle; Emil Reinfelder (Gutweber); Karl Hammann; Wilhelm Rübler; Helmut Moß. Mädchen: Mathilde Seid; Martha Hammann.
- Marlinmoos.** Knaben: Georg Hanselmann; Ernst Kuh. Mädchen: Gertrud Eitel; Christine Hanselmann; Christine Rübler; Marie Reinfelder; Marie Schable.
- Simmersfeld.** Knaben: Emil Geisel; Hans Kalmbach; Johannes Kern; Fritz Kern; Emil Theurer; Jakob Waldbach. Mädchen: Rosa Waldbach; Marie Wurster.
- Walldorf.** Knaben: Fritz Vöhr; Gottlob Kopp; Hans Seeger. Mädchen: Rösle Vöhr; Helene Braun; Pauline Kern; Rosa Schütte; Elise Goll; Luise Walz.
- Wart.** Knaben: Albert Stoll; Wilhelm Gauß; Walter Koller. Mädchen: Ludia Lutz; Frida Wolz; Anita Walz; Christine Werner.
- Wenden.** Bertha Walz.
- Wörnnersberg.** Knaben: Immanuel Bürkle. Mädchen: Emma Theurer; Hedwig Seeger; Pauline Klump (Reefenlammühle).
- Zweerenberg.** Katharine Seeger; Frida Schable; Frida Wendzel.

Erstkommunikanten

- Bernsd.** Luise Schütte.
- Ehhausen.** Knaben: Hans Reich. Mädchen: Elisabeth Hermann; Hedwig Riensle; Anni Mühlstein.

Aus dem Landtag

Vom Finanzaußschuß des Landtags

Stuttgart, 13. März. Bei Kap. 10 (Landhäuserforst) wurde ein Antrag (Kap. 13.) angenommen, der die Regierung ersucht, zu erwägen, den Landhäusern für die dienstliche Benutzung eigener Schreibmaschinen eine angemessene Entschädigung zu gewähren.



Bei Kap. 25 (Landesbedammensschule) wird von Jos. Seite die Beschaffung von Radium für die Bedammenschule angesetzt. Staatspräsident Dr. Wels erwidert, daß sich die Sache nach im Stadium der Erwägung befinde. Ein Zentrumsredner erklärt, daß eine Verzettelung des Radiums in drei oder mehr Anstalten möglich verbleibt sei. Die Radiummenge in der ganzen Welt betrage nur etwa 120 Gramm. 1 Gramm kostet gegen 300 000 Mark. Ueber Kap. 27 (Straßen- und Wasserbau) berichtet Udo Wankel (Soz.). Hierzu liegen drei sozialdemokratische Anträge zur Erhöhung von Statistiken vor. Staatspräsident Dr. Wels wendet sich gegen die Anträge. Die Regierung werde von sich aus die Summen für Straßenbauwerke erhöhen, wenn die finanziellen Verhältnisse es gestatten. Vorläufig müsse am Staatsausweis festgehalten werden. Solange 8 Prozent Zinsen für Anleihen bezahlt werden müßten, gebe zu viel Geld aus der Kassenkammer verloren. Annähernd die Hälfte des staatlichen Einkommens in den letzten Jahren in Höhe von 78 Millionen sei aus Steuermitteln gedeckt worden. Die Angabe des Gemeindefinanz, als ob der Staat nur mit den Kraftfahrzeugsteuern den Straßenbau gefördert habe, sei also falsch. Ein dem. Redner erklärte die Schwierigkeiten der Gemeinden, die Straßenbauten in Angriff genommen haben und jetzt durch die Kürzung des Staatsbeitrags in große Schwierigkeiten kommen. Mit Anleihenmitteln müsse ausgeholfen werden. Ein anderer dem. Redner bejohrte einzelne Wünsche für den Schwarzwald (Erweiterung der Straße Schramberg-Föhrenbühl).

Ein Abgeordneter des Bauernbundes glaubt, daß man sehr wohl über den Staatszuschlag hinausgehen könne. Ein Zentrumsredner tritt für den Umbau der Bildhinger Straße ein. Der Redner regt die Umwandlung der Kraftfahrzeugsteuer in eine Benzinsteuern an; wer viel Auto fahre, müsse dann auch am meisten Steuer bezahlen. Ein Redner der Volkspartei spricht sich gegen eine Auslands- und für eine Inlandsanleihe aus. Ein deutschnationaler Redner warnt vor Aufnahme einer Anleihe für Straßenbauwerke.

Präsident Osting nahm zu einer Reihe von Fragen Stellung. Der dritte Teil der Staatsstrassen soll zu sogenannten Autostrassen umgebaut werden. Wir würden nach zehn Jahre drauhen, bis diese Straßen in Ordnung seien. Im Schwarzwald sei schon viel geschehen. (Schwenningen-Kottweil-Biorheim-Wildbad-Murgtal-Billingen-Dorf). Auch im Oberland seien Straßen verbessert worden. Die Straße Nagold-Altensteig könne nicht vor 1932 in Angriff genommen werden. Das Projekt der Bildhinger Straße sei fertig. Die Inangriffnahme werde bald erfolgen. Ein Kilometer Kleinspaster koste 80 000 RM. Bei der Umrüstung werden die sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge auf Erhöhung von Statistiken abgelehnt. Annahme findet eine Entschärfung der Regierungsparteien ob nicht der Anteilbeweg zu beschließen sei. Zu Wasserbaufragen erklärte weiter Staatspräsident Wels, daß Langenau für die Entnahme von Abwasser gut entschädigt worden sei. Der Ausbau der Landeswasserwerkung werde ebenfalls ohne das Langenauer Wasser erfolgen. Der Stadt Stuttgart werde zur weiteren Wasserentnahme aus dem Neckar keine Genehmigung mehr erteilt.

Besprechungen über Wirtschaftsfragen

Stuttgart, 13. März. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Der Wirtschaftsminister wollte am 12. März zu wichtigen Verhandlungen in der Reichshauptstadt. Die Besprechungen mit dem Reichsernährungsminister bezogen sich vor allem auf die geplanten Maßnahmen zum Schutze des volkswirtschaftlichen Wohlbefindens, der bäuerlichen Veredelungswirtschaft und des Fleisch- und Wollhandels. Beim Leiter des Reichswirtschaftsministeriums wurden die schwebenden Fragen der Handelspolitik erörtert; insbesondere handelte es sich um die Wünsche und Sorgen der württembergischen Köpfe, Holzwerkzeug- und sonstigen holzverarbeitenden Industrie sowie der Holzverarbeitenden Betriebe die mit den Maßnahmen zum Schutze der Holzwirtschaft und des Fleischhandels in untrennbarem Zusammenhang stehen. Einige grundsätzliche Fragen dieser Art wurden auch mit einem Vertreter der Reichsanleihe besprochen. Bei der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahnbehörde wurden die mit der Elektrifizierung der Strecke Ulm-Stuttgart zusammenhängenden Fragen der Auftragsvergebung eingehend erörtert. Sämtliche Besprechungen verfolgten das Ziel, die in zahlreichen Schreiben des Wirtschaftsministers und Vorstellungen der Württ. Gesandtschaft vertretenen Wünsche nach besserer Berücksichtigung der besonderen württembergischen Verhältnisse erneut mit Nachdruck zur Geltung zu bringen.

Stuttgarter Brief

Winterkrisen — Stuttgarter Reichenspolitik

Was der Winter uns im Dezember und Januar (schon) abgesehen ist hat er jetzt im März nachgeholt. Noch acht Tage vor Frühlingssonne liegt der Schnee in Stuttgart alleseits so hoch wie seit 30 Jahren nicht. Mit einem Ansehens von gegen 1000 Schneehäusern, 25 Autos zum Wegführen des Schnees, 100 Handkarren, einer größeren Zahl von Schneepflügen und Schneefahrern rückt man der weißen Herrlichkeit zu Leibe die bei aller Unannehmlichkeit im Verkehr doch eines bewirkt: Sie dämpft den Wärmeverlust der Straße etwas ab und gestattet dem Großstädter auch einmal Winterherrlichkeit von der warmen Stube aus zu beobachten. Denn man muß immerhin auch daran denken, daß in Groß-Stuttgart etwa 15-20 000 Menschen durch Krankheit, Alter und Gebrechlichkeit an die Zimmer gefesselt sind. Die Stadtverwaltung verwendet seit einer Woche bis zu 300 Zentner Streusalz im Tag, um die weiße Masse in Wasser und Schmutz zu verwandeln, die Straßenkreuzungen frei zu machen und vor allem den Verkehr der Straßenbahn von den städtischen Demmonen zu befreien. Ein Aufwand von 6000 bis 7000 Mark im Tag, der hauptsächlich den Arbeitslosen zugute kommt, ist erforderlich, um so dem Spätwinter in der Großstadt den Garaus zu machen. Und schon tropfen die Dächer und die Dachrinnen fangen an zu fließen, es liegt Tauwasser in der Luft! Ein einjöriger Regen, und die Winterherrlichkeit ist vorüber, die es aber ermöglicht hat, daß die Jugend mit Schlitten und Schneeschuhen zur Schule kam, daß auch die neueste technische Erfindung, die Schneemäschmaschine, ihre Tüchtigkeit auszuweisen konnte. Es ist ein Kolossal mit allerlei Gefährlichkeiten. Hier Arbeiter schlüpfen dancend in den Schlund dieses Schneefressers die weiße Herrlichkeit der Straße, wo sie dampfend und stöhnend in Schneewasser verwandelt wird und in kleinen Bächen davon läuft. In der Nähe des alten Schlosses und an anderen Punkten der Stadt wird die mit Autos und Karren zusammengewürfelte Schneemasse verent in

dem städtischen großen Abwasserkanal, um dem Neckar zugeführt zu werden.

Hätte man nicht diese Winterkrisen, so würde man vielleicht mehr als bisher der Stuttgarter Rathauspolitik das Ohr leihen. Man steht in der städtischen Haushaltberatung und man darf erfahren, daß die Stadt bisher ohne Verlust gearbeitet hat. Sie hat freilich auch die Steuern reichlicher als sonstwo genommen, wo sie nur konnte. Die Fehlbeträge die man errechnete, konnten immer wieder durch Uebererträge gedeckt werden. Nun aber steht man für 1931 einen rechnerischen Fehlbetrag in Sicht. Dabei hat die Stadt in den letzten Jahren Wohnungen über Wohnungen gebaut, bei Grundstücke in einem Maße erworben wie niemals in den besten Friedensjahren. Sie hat auf dem Gebiet des Straßenbaus erhebliche Mittel angesetzt, sie hat auch da und dort finanziert, sie hat ihre Werke — das Gas- und Elektrizitätswerk — zu großen modernen Fabriken umgebaut. Der Stuttgarter Gasraum, der jedem Reisenden zuerst ins Auge fällt, ist ein Zeuge dieser Unternehmungslust, aber noch mehr, die Gasleitungsleitungen wurden hinausgetragen ins weite Land. Man soll gespannt werden. Das geht freilich schmerz, nachdem man sich so auf die Emporspolitik eingelassen hat und dabei doch allerlei Dringendes verjäumt. Da ist vor allem der Ausbau des Wagens, der den Turnern zugesagt ist, wobei sie doch 1933 zu Zehntausenden aus dem ganzen deutschen Vaterland herbeikommt und ein neues Stadion weihen und das deutsche Turnfest halten. Dann ist dieser Ausbau nötig auch für die 700-Jahrfeier der Stadt, die man bisher hinausgeschoben hat und erst recht nötig für das alljährlich stattfindende Volksfest. Kurzum, der Wagnisausbau muß gemacht werden. Der städtische Finanzminister will neue Steuern, un sinnige Steuern, wie die Getränkesteuer, da doch das Stuttgarter Gastwirtsgebet immer härter durch die wirtschaftliche Misere in Mitleidenschaft gezogen wird. Die Hotels werden größtenteils leer, der Besuch der Gasthöfe läßt zu wünschen übrig. Die Branntweinlagen über Ubas, obwohl sie nur 3 Tage arbeiten, verjäumt hat man auch, der Ledhischen Hochschule zu geben, was sie mit Recht gefordert hat; einen neuen Bauplan für einen Neubau, der in naher Zeit ein dringliche Notwendigkeit werden wird. Man hatte es am 100-jährigen Jubiläum versprochen, auch einige Millionen Beitragssteuern; aber aus Abneigung gegen Minister und staatliche Einkommen führte man eine leibhällige Komödie auf, die einmal das Ganturn derer sein wird, die den Neubau erleben, wenn er nun bei Degeleisch erfüllt wird auf städtischen Waldbesitz. Die Stadtverwaltung macht mit der Begründung eines Fehlbetrags und den gestiegenen Wohnlasten einen jährlichen Rückbehalt von ihrer Zulage. Derweilen abli Stuttgart seinen Arbeitslosen die höchsten Beiträge im Reich und wendet überbau für soziale Zwecke Summen auf, die nur zu einer Emporspolitik in Parallele gestellt werden können. Dieser Tage wurde im Schwab. Neckar nachgewiesen, daß man die Kosten für Schulbelegung von 38 700 Mark im Jahr 1929 auf 101 500 Mark im Jahre 1931 reinerte, ohne Rücksicht auf die Notwendigkeit, und daß in der Folge die Vorkasse in den Schulen so stark anwachsen, daß Wächter überreichlich damit gefüttert werden können. Da auf dem Stuttgarter Rathaus die Reichspolitik regiert, gibt es immer keine Sensationen, die man aber mit weißer Farbe sauber zu vertuschen vermag. So wurde seinerzeit die Eingemeindung Zuffenhausens, die Stuttgart einen schönen Baden Baden kostete, überstellt und heute weh man nicht, woher das Geld zu nehmen ist, um diese Eingemeindung durchzuführen bzw. die Härter gewandenen Lasten auf die Steuerzahler abzumwälzen. Eine ganze Reihe von Differenzen liegen mit dem Staat vor, die alle mehr oder weniger eines Paragrafenschnitts oder einer verächtlichen Animosität der Reichsbehörden nicht entbehren. Da ist die Wasserwerkung. Stuttgarter Stadtverwaltung darf es wagen, seinen Bürger ein Redarwasser, natürlich gereinigtes ins Haus zu leiten und es als Trinkwasser zu empfehlen, obwohl alle möglichen Sachverständigen dieses Verabens für gesundheitlich nicht annehmlich erklären. Die Stadt steht sich dann darauf zurück, daß sie das Wasser nach den modernsten Erfindungen reinigt und überdies mit Landeswasser von Langenau mischt. In Wirklichkeit riecht aber das Stuttgarter Wasser nach Chlor, manchmal auch nach Schlammgeruch. Dabei verdient die Stadt an dem Weller jährlich Hunderttausende. Die Stadt will lediglich aus gewissen Rücksichten heraus, dem staatlichen Projekt, des Ausbaus der Landeswasserwerkung, Widerstand leisten. Zu alledem kommt nun im April die Oberbürgermeisterwahl hinzu. Davon das nächste Mal.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Der Trieffilm „Ins dritte Reich“ freigegeben. Die Filmoberprüfstelle hat den sozialdemokratischen Trieffilm und Verbot „Ins dritte Reich“, der seinerzeit von der Filmprüfstelle verboten worden war, zur Vorführung freigegeben.

Ankündigung einer neuen Indien-Konferenz. Premierminister Macdonald stellte im Unterhaus beim Abschluß der Indiendebatte mit, daß der Vizekönig bereits erlucht worden sei für das Aufnahmekommission eine baldige Konferenz des Ausschusses für eine bundesstaatliche Verfassung Indiens in London zu wirken.

Massenmord politischer Gefangener. 130 Gefangene, die größtenteils wegen politischer Delikte verurteilt worden waren sind aus dem kürzlich erbauten Zentralgefängnis in Lehetau ausgebrochen. Sie haben vier Wärter getötet und Waffen in ihren Besitz gebracht.

Verkehrsstörungen in ganz Ostpreußen. Nach amtlicher Mitteilung hat sich die Verkehrslage durch den letzten Schneesturm noch weiter verschlechtert. Der Verkehr mußte zunächst auf weiteren 13 Nebenbahnstrecken eingestellt werden. Auf den Hauptlinien konnte der Betrieb mit Verspätungen aufrecht erhalten werden.

Witwe Jaures gestorben. Die Witwe des am Vorabend des Krieges ermordeten französischen Sozialistenführers Jean Jaures ist in Paris gestorben.

Buntes Allerlei

Vornehme Bettler

8 Kam da vor einigen Tagen an die Türe eines Hauses in Keresheim, das äußerlich ganz hässlich aussieht, aber von Leuten bewohnt ist, die auch nichts zu verschicken haben, ein Bettler und klopf und bittet: „Ein armer Mann...“ Die Frau schaut oben heraus und hört die Bitte. Sie sagt: „So händ selber nig“, und schließt das Fenster. Der Bettler erbarmte sich der armen Frau, schließt 20 Pfennig zur Haustüre herein und verschwindet. — Zwei Bettlerinnen von Schloßberg

leisteten sich folgenden Luxus: Sie fahen Dienstag und Freitag per Postauto nach Keresheim, klopfen bettelnd alle Häuser ab ohne zu häusieren und fahen mit dem Auto wieder heim. Das muß doch tentabel sein!

Humor

Im D-3-ug. Bleichschmidt sitzt im Speisewagen und wartet auf das bestellte Beefsteak. — „He, Ober! Wie lange dauert's denn noch?“ — „Wollen der Herr sich höchstens noch fünf Kilometer gedulden!“

Briefkasten der Redaktion.

K. in G. In dem Aufsatz „Einkommen- und Körperschaftsteuererklärungen 1930“ muß es, nach einer Mitteilung des Verfassers, unter Punkt 8 heißen: „Künftig ist eine Veranlagung dieser Einkommenbesitzer mit ihrem sonstigen Einkommen von weniger wie R.M. 500.— (fünfhundert Reichsmark) möglich.“

Öffentlicher Sprechsaal

Für Einsendungen unter dieser Rubrik übernehmen wir nur die redaktionelle Verantwortung.

Kotziske. Zu dem Artikel betr. Altensteiger Kotziske erkläre ich hiermit ausdrücklich, daß ich nicht der Urheber dieses Artikels bin. W. J. e. m. a. n.

Letzte Nachrichten

Zuchthausstrafen gegen die Inhaber des Freiburger Bankhauses Otto Bärtle & Co. beantragt

Freiburg, i. B., 13. März. In dem Prozeß gegen die beiden Inhaber des Bankhauses Otto Bärtle & Co., Otto Bärtle und Karl Herling, beantragte der Oberstaatsanwalt Gesamtzuchthausstrafen von je sieben Jahren und je zehn Jahre Ehrverlust.

Die Heulstirne im Stadtparlament

Essen, 14. März. In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung machte Oberbürgermeister Dr. Bracht den Stadtvorordneten Mitteilung davon, daß er sich genötigt gesehen habe, in den Sitzungssaal zu seiner Verfügung eine Heulstirne einbauen zu lassen, da die Glocke in letzter Zeit sich als nicht mehr ausreichend erwiesen habe. Die Stirne sei so gefügt, daß es unmöglich sei, diese von Unerfahrenen außer Betrieb zu setzen. — Obwohl man in der gestrigen Sitzung ohne diese gewiß beschämende Neuerrichtung auskam, ging es doch wieder sehr lebhaft zu.

Die Operation Hermann Müllers abermals verschoben

Berlin, 13. März. Die für heute abend 10 Uhr angesetzte Operation Hermann Müllers ist in Anbetracht des augenblicklichen Zustandes des Kranken abermals verschoben worden. Morgen früh wird sich das Arztkongium nochmals darüber schlüssig werden, ob im Laufe des morgigen Vormittags die Operation vorgenommen werden soll. In den Abendstunden trat im Befinden des Patienten eine weitere leichte Besserung ein.

Folkzeitliche Schließung der kommunistischen „Presse- und Kulturausstellung“

Berlin, 13. März. Der Berliner Polizeipräsident hat heute die von den Kommunisten anfangs dieser Woche im Stadtteil Wedding eröffnete zweite Groß-Berliner Presse- und Kulturausstellung schließen lassen. Die Schließung ist auf Proteste aus kirchlichen Kreisen zurückzuführen. Die Veranstalter zeigten auf der Ausstellung in Druckschriften aller Art, in Bildern und sonstigen Darstellungen propagandistisch ihre Einstellung gegen die Kirche und deren Lehren. Daneben wurde auf dieser Ausstellung für die kommunistische Presse, den kommunistischen Rundfunk, für den sowjetrussischen Film und sonstige kommunistische Presse- und Kulturarbeit geworben, außerdem für die weltliche Schule, für Aufhebung des § 218 und dergleichen mehr Propaganda gemacht.

Beginn des Prozesses gegen die Aufständigen von Jaca

Madrid, 13. März. Die Verhandlungen des Kriegesgerichtes von Jaca gegen die an dem Dezemberaufstand beteiligten Militärs haben heute begonnen. Nach dem Aufruf der Angeklagten und der Verteidiger verlas der Untersuchungsrichter die von den Angeklagten und den Zeugen bei der Vorunternehmung zu Protokoll gegebenen Aussagen, die im ganzen 2125 Seiten umfassen.

Politische Schieberien

Berlin, 13. März. An der Wilhelmsau wurden drei Teilnehmer einer nationalsozialistischen Versammlung durch Schüsse verletzt und nach dem Krankenhaus Falzburgerstraße gebracht. Einer vorbeikommenden Autofahrer gelang es, vier mutmaßliche Täter festzunehmen. — An der Müllerstraße Ecke Hennstraße wurde am Abend ein Passant von mehreren Männern zu Boden geschlagen, wobei er sich leichte Verletzungen zuzog. Als er einen Schuß aus einer Schredshupfipistole abgab, flüchteten die Täter.

Schweres Straßenbahnunglück bei Newyork

Newyork, 13. März. Im Nachbarort Yonkers entgleiste ein Straßenbahnwagen auf einer abschüssigen Straße und fuhr in zwei Automobile hinein, die umgeworfen wurden und in Brand gerieten. Der Straßenbahnwagen, der ebenfalls Feuer gefangen hatte, rastete gegen ein Badsteinhaus. Eine Person wurde getötet, 14 verletzt.

Gestorben

Kraubach: Magdalena Kuer geb. Schmid.
Piondorf: Kath. Kiste, Wwe. geb. Weif, 70 J. a.
Freudenstadt: Hugo Weif, Lokomotivführer a. D. —
Paula Schupp geb. Bud, 25 J. a.
Besenfeld: Erich Red, 34 J. a.

Mutmaßliches Wetter für Sonntag

Im Norden zeigt sich eine Depression. Für Sonntag ist aber vorwiegend trockenes, nachts frostiges Wetter zu erwarten. Weitere Schneefälle unwahrscheinlich.

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei, Altensteig. Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Laul.



Gewerbeverein Altensteig.

Sonntag, den 15. März 1931, nachmittags 2 1/2 Uhr findet im Gasthof zum „Grünen Baum“ hier die diesjährige

Generalversammlung

statt, zu welcher wir unsere Mitglieder mit der Bitte um zahlreiche Beteiligung freundlichst einladen.

Gäste und Jungkaufleute und Junghandwerker sind herzlich willkommen.

Der Ausschuß.

Tagesordnung:

1. Lichtbildvortrag „Die Schwabenkolonien in Südrussland (Transkaukasien)“ von Dipl.-Ing. Hermann Koch.
2. Kassenbericht.
3. Bericht über die Vereinsstätigkeit.
4. Verkauf von Zeitschriften.
5. Anträge und Wünsche.

Freudenstadt.

Ich habe mich in Freudenstadt als Rechtsanwalt niedergelassen. Meine Zulassung beim Landgericht Rottweil ist bereits erfolgt.

Rechtsanwalt Mütsch.

Wir haben uns zum Zweck der gemeinschaftlichen Ausübung der

Rechtsanwalt-Praxis

verbunden.

Rechtsanwalt Jgel, öffentl. Notar

Rechtsanwalt Mütsch.

Die Büroräume befinden sich wie bisher im Hause Jgel, Turnhallestraße 51.

Rheuma,

Ichlas, Hexenschuß, Gliederreißen, Neuralgie (Nervenschmerzen), Gicht!

Gern teile ich kostenlos ein ein'iches Mittel mit, das mir und zahlreichen Patienten in kurzer Zeit half. Ueber 4000 Dankbriefe. (In verkaufte nichts)

Krankenschwester Margret Heber, Wiesbaden A 18)

Zu Konfirmations-Geschenken

für Mädchen!

- Hemden
- Schlüpfer
- Unterröcke
- Strümpfe
- Strumpfhaltergürtel
- Taschentücher
- Schirme
- Taschen
- Neue Strickkleider
- Westen
- Pullover

für Knaben:

- Kragen
- Cravatten
- Hemden
- Sporthemden
- Unterhosen
- Hosenträger
- Socken
- Sockenhalter
- Einstecktücher
- Schirme
- Westen und Pullover

empfiehlt

Reinhold Hayer, Altensteig.

Empfehle auf das Frühjahr sämtliche

Wald- und Friedhofspflanzen
Beerensträucher und Rosen

sowie **schöne Obstbäume**

ferner **pikierte Salatseklinge**

und

sonstige Seklinge jeder Art

Kranzbiederei

Christian Dengler, Ebhausen

Obst- und Forstbauschulen.

Altensteig.

Für Confirmation und Ostern

empfiehlt eine große Auswahl

Geschenk-Artikel

aller Art zu billigsten Preisen

C. W. Lutz Nachf.

W. Rieker'sche Buchhandlung



Reichsbund Ortsgr. Altensteig und Umg

Sonntag, 15. März, nachm. 2 Uhr findet nun bei Albert Cug die

Hauptversammlung

statt. Zahlreiches Erscheinen unbedingt notwendig.

Volksturm gegen § 218

Ueber obiges Thema spricht Stadtrat Groß-Stuttgart morgen Sonntag nachmittags 2 Uhr im G. sthaus zum „Engel“ Anlässlich der Verhaftung des Dr. Wolf-Stuttgart wurde der § 218 zur öffentlichen Anklage aller Volksschichten.

Wir laden alle Einwohner, Männer wie Frauen von Altensteig und Umgebung zu diesem Aufklärungs-vortrag herzlichst ein.

Freie Aussprache.

R. B. D. Altensteig.

Chr. Krauss, Altensteig

empfiehlt für Konfirmation und Ostern

Kleider

Hemden, Hosen, Leibchen, Unterröcke
Strümpfe, Handschuhe, Taschentücher

Schürzen

Kragen, Kravatten, Hosenträger, Socken

Schirme

Wenn

man etwas verkauft, vermietet oder verpachtet oder etwas kauft, so bringt man eine Anzeige in der

Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“.

Die große Verbreitung in allen Bevölkerungsschichten sichert einen guten Erfolg.

Altensteig

Bieh-Verkauf.

Von Montag morgen 9 Uhr ab habe ich in der Stallung Gasthaus zum „Deutschen Kaiser“ in Altensteig

Milchkühe

trächtige Kühe

und

trächtige Kalbinnen

zum Verkauf, wozu Liebhaber einladet]



Max Lemberger.

Inserieren steigert den Umsatz

Spiegel und Bilder

empfiehlt in reichhaltiger Auswahl billigst die

W. Rieker'sche Buchhandlung
Altensteig.

Trockenes Brennholz

ofenfertig frei voers Haus so wie einzige Am

trockenes Kollerholz liefern

Geb Brüder Theurer
Altensteig

Patentbriefe

(Dötesbriefe)

empfiehlt die

W. Rieker'sche Buchhandlung, Altensteig

